

Der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimavertrag und die Grenzen der ökologischen Modernisierung

Helge Jörgens, Lissabon

Viel ist in den letzten Monaten über die Entscheidung der USA geschrieben worden, aus dem Pariser Klimaschutz-Übereinkommen auszusteigen. Doch trotz der vielen Wortmeldungen bleibt die Diskussion bisher merkwürdig einseitig. Eigentlich hätte Trumps kurzsichtige, populistische und realitätsferne Entscheidung eine differenzierte Debatte über die Stärken und Schwächen der derzeitigen internationalen Klimapolitik auslösen sollen. Stattdessen erliegen viele Kommentatoren der Versuchung, die USA als einziges Hemmnis einer sonst alles in allem erfolgversprechenden und zukunftsweisenden Klimaschutzstrategie zu verteufeln. Die berechnete Kritik an Trump und den USA führt dazu, dass die kaum weniger berechnete Kritik am Design des Pariser Übereinkommens und an der geringen Bereitschaft der Unterzeichnerstaaten, ihre nationalen Verpflichtungen und Umsetzungsmaßnahmen am Erreichen des 2-Grad-Ziels auszurichten, verdrängt wird.

Die bisherigen Reaktionen auf den Ausstieg der USA aus dem Weltklimavertrag lassen sich grob in zwei Gruppen unterteilen.¹ Die erste Gruppe fragt, ob die in Paris vereinbarten klimapolitischen Ziele auch ohne die USA erreicht werden können. Die Pessimisten verweisen auf die Höhe der US Treibhausgasemissionen – immerhin sind die USA nach China der zweitgrößte Emittent – und äußern die Sorge, andere Länder könnten jetzt auch aus dem Pariser Übereinkommen austreten. Dem hält die Gruppe der Optimisten entgegen, dass der Klimaschutz längst eine Eigendynamik entwickelt hat, die sich von den Entscheidungen einzelner Regierungen entkoppelt hat. Klimapolitik wird längst nicht mehr ausschließlich in den Regierungsvierteln der Hauptstädte gemacht, sondern findet in jeder Schule, jedem Dorf, jeder Bezirksversammlung statt. Kurz: Klimaschutz wird heute in Pittsburgh ebenso wie in Paris gemacht.

Die zweite Gruppe von Kommentaren fragt, wie der Rest der Welt diplomatisch auf den Schritt der USA reagieren soll. Die Antworten variieren zwischen Neuverhandeln, Ignorieren und Ausgrenzen. Wie bei der Frage, wie es mit dem Klimaschutz weitergehen soll, gibt es auch hier keine einzig richtige Antwort. Während einige Autoren argumentieren, dass die grundsätzliche Ablehnung eines ehrgeizigen Klimaschutzes von Seiten der US Regierung wenig Spielraum für Verhandlungen lässt und deshalb auch kein Versuch unternommen werden sollte, die USA im Pariser Abkommen zu halten, halten andere dagegen, dass die USA auch außerhalb des Pariser Übereinkommens und seiner Vertragsstaatenkonferenzen den globalen Klimaschutz behindern könnten und dass die anderen Staaten in diesem Fall noch weniger Einfluss auf die US-Klimapolitik hätten.

Gemeinsam hat die aktuelle Debatte vor allem, dass sie – explizit oder implizit – die USA als Bad Boy der Staatengemeinschaft darstellt, als einziges Land, das sich dem notwendigen klimapolitischen Umsteuern in Wirtschaft und Gesellschaft entzieht, während alle anderen Staaten längst damit begonnen haben, die Weichen für eine dekarbonisierte Welt zu stellen. Angesichts der Euphorie darüber, dass nach sechs Jahren zähen Verhandeln überhaupt ein nennenswertes Nachfolgeabkommen zum Kyoto Protokoll zustande gekommen ist, ist das verständlich. Aber es stimmt leider nicht. Die USA sind nur die ersten und bisher einzigen,

¹ Ein repräsentatives Spektrum dieser Argumente findet sich z.B. im jüngsten Symposium des *Chinese Journal of Population Resources and Environment* (<http://tandfonline.com/toc/tpr20/0/0>).

die offen aussprechen, was andere Regierungen gerne hinter wohlklingender Rhetorik und den weitgehend unverbindlichen Verpflichtungen des Pariser Klimavertrags verstecken. Dass man eben nicht bereit ist, die vollen Kosten einer Begrenzung der globalen Erwärmung auf 2 Grad gegenüber vorindustriellen Werten zu tragen. Dass man die notwendigen Maßnahmen lieber hinauszögert, und stattdessen darauf hofft, die heute zu viel emittierten Treibhausgase in ein paar Jahrzehnten irgendwie wieder aus der Atmosphäre zurückzuholen. Und dass, wenn es hart auf hart kommt, die tatsächlichen oder vermeintlichen Interessen der nationalen Wirtschaft immer über die globale Notwendigkeit eines wirksamen Klimaschutzes gestellt werden. Vergessen wird, dass zentrale Teile des Pariser Übereinkommens auf Freiwilligkeit beruhen und dass sogar Mitglieder der „High Ambition Coalition“ diesen Freiraum für einen – zugegebenermaßen viel stilleren – Boykott des Weltklimavertrags nutzen, z.B. wenn die Bundesregierung bewusst auf effektive Maßnahmen zur Erreichung ihres selbstgesteckten Klimaziels für 2020 verzichtet.

Wenn der globale Klimaschutz trotz Paris in der Krise steckt, dann sind die USA hierfür nicht die Ursache, sondern allenfalls das bisher sichtbarste Symptom. Zwar liegt es nahe, die Probleme im Bereich der Diplomatie zu suchen und im Austritt der USA die Gefahr einer „Erosion des Multilateralismus“ zu erkennen. Das eigentliche Problem liegt jedoch woanders. Nicht nur der Multilateralismus stößt gerade an seine klimapolitischen Grenzen, sondern – und das könnte sich als viel folgenschwerer erweisen – auch die bisherige umweltpolitische Erfolgsstrategie der „ökologischen Modernisierung“. Im Kern beruht die ökologische Modernisierung auf einer Steigerung der Öko-Effizienz von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen, die zu Umweltentlastungen und einer Entkoppelung von Wachstum und Umweltzerstörung führt. Ironischerweise ist es nun genau diese ökologische Modernisierung, die die US Regierung in ihrer Pressemitteilung² vom 4. August 2017 gegen das Pariser Abkommen ins Feld führt:

„The United States supports a balanced approach to climate policy that lowers emissions while promoting economic growth and ensuring energy security. We will continue to reduce our greenhouse gas emissions through innovation and technology breakthroughs, and work with other countries to help them access and use fossil fuels more cleanly and efficiently and deploy renewable and other clean energy sources (...).“

Deutlicher als in diesen Sätzen kann kaum auf die Grenzen der ökologischen Modernisierung und ihres Versprechens umweltpolitischer Win-Win-Lösungen hingewiesen werden. Anstatt auf die USA zu schimpfen sollte die Umweltpolitikforschung vielmehr die Frage stellen, was nach der ökologischen Modernisierung kommt. Hier, und nicht im Schönreden des schwachen Pariser Kompromisses, kann sie in den kommenden Jahren ihren wichtigsten Governance-Beitrag leisten.

Helge Jörgens ist Gastprofessor am Fachbereich Politikwissenschaft und Policy Analyse des ISCTE-Instituto Universitário de Lisboa und Wissenschaftler am CIES – Centro de Investigação e Estudos de Sociologia in Lissabon, Portugal. Bis 2017 war er Geschäftsführer des Forschungszentrums für Umweltpolitik (FFU) und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die vergleichende Umwelt- und Klimapolitik, die

² <https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2017/08/273050.htm>

Diffusion von Politikinnovationen und die Analyse des Einflusses internationaler Umweltverwaltungen.